

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 105 (2011)
Heft: 11

Artikel: Wohin soll die Reise gehen?
Autor: Seifert, Kurt
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390290>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wohin soll die Reise gehen?

Ein Blick auf die Eidgenössischen Wahlen und darüber hinaus

Mit den National- und Ständeratswahlen vom 23. Oktober 2011 ist – so behaupten es zumindest manche Politauguren – eine «neue Mitte» entstanden: etwas grüner, weltoffener und vor allem moderater im Ton als der rechte Flügel des Bürgertums. Der seit zwei Jahrzehnten andauernde und beinahe unaufhaltsam scheinende Aufstieg der neoliberal-national-konservativen SVP konnte gestoppt werden, doch Rotgrün profitiert noch nicht davon.

Das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines öko-sozialen Umbaus der Schweiz entwickelt sich erst allmählich. Die Frage nach Alternativen zu einem Finanzkapitalismus, der die Welt in den Abgrund ziehen könnte, stellt sich aber auch und gerade bei uns.

Die bürgerliche Mitte stecke in einer Krise, ist einem kleinformigen Buch mit dem Titel «Über den Herbst hinaus» zu entnehmen, das SP-Nationalrat Andi Gross und andere Autoren kurz vor den Wahlen zu den Eidgenössischen Räten herausgegeben haben. Diese Diagnose hat sich als zutreffend erwiesen, denn alle traditionellen Mitte-Parteien haben bei diesen Wahlen verloren: die FDP 2,5 Prozentpunkte, die CVP 2,2 Punkte und die kleine Evangelische Volkspartei (EVP) 0,4 Punkte. Doch offenbar wurde auch die Rechte von einer Krise erfasst, denn die SVP erhielt «bloss» noch 26,6 Prozent aller Stimmen, statt 28,9 Prozent wie vor vier Jahren. Lachender Dritter war nun allerdings nicht die rot-grüne Linke, die bereits 2007 Verluste hinnehmen musste und jetzt bei einem Stimmenanteil von rund 27 Prozent steht. Traf es vor vier Jahren vor allem die SP, so musste diesmal die Grüne Partei Federn lassen – zugunsten der am Wahlabend und danach viel zitierten «neuen Mitte»: Die Grünliberale Partei (GLP) steigerte ihren Anteil von 1,4 auf 5,4 Prozent, und die SVP-Abspaltung BDP kam aus dem Stand heraus ebenfalls auf 5,4 Prozent.

Die teilweise Entzauberung der SVP mit ihrer (nach dem Ende des «kalten Krieges» und der alten Sicherheiten) höchst erfolgreich wirkenden Mischung aus nationalkonservativer Staffage und neoliberaler Programmatik ist zweifellos ein erfreulicher Vorgang: Zu ihm haben viele links wie auch bürgerlich Gesinnte beigetragen. Neben Andi Gross sei hier beispielsweise auf die politisch aktiven Historiker Georg Kreis und Jo Lang hingewiesen, die aus unterschiedlichen Positionen heraus den Vormarsch der Volkspartei kritisch unter die Lupe nahmen und Vorschläge zu Gegenstrategien entwickelten. Deshalb ist es ganz besonders bedauerlich, dass Jo Lang (der vielen Leserinnen und Lesern der *Neuen Wege* durch seine pointierten Beiträge bestens bekannt sein dürfte) die

Wiederwahl in den Nationalrat nicht gelang.

Noch besser wäre es gewesen, wenn die ausgewiesenen Gegenkräfte zum fremdenfeindlichen, isolationistischen und unsolidarischen Kurs der SVP, der in den letzten Jahren in der Gesellschaft vielfachen Widerhall finden konnte, eine deutliche Stärkung erfahren hätten. Doch hier wirkte wohl bei vielen Wählern und Wählerinnen der Gedanke, man müsse sich von beiden «Extremen» absetzen und einen Mittelweg finden. GLP und Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bieten sich dafür in beinahe idealer Weise an: Sie sind beide Produkte eines Spaltungsprozesses – die einen von links und die anderen von rechtsaussen her kommend. Zudem scheinen sie ideologisch weniger festgelegt zu sein als die «alte Mitte» von FDP und CVP. Frühe Versuche, die FDP «ergrünen» zu lassen, waren an den Betonköpfen aus Banken und Militär gescheitert. (Wer erinnert sich noch daran, dass freisinnige Frauen wie Leni Robert zum grünen Gründungskern gehörten?) Andererseits wird die CVP immer noch mit der katholischen Kirche und konservativem Kleinbürgertum identifiziert. Für ein junges und urbanes Publikum wirkt das nicht sonderlich attraktiv.

Globale Fragen

Auch wenn die Schweiz von den krisenhaften Entwicklungen und Kräfteverschiebungen in Europa und weltweit kaum berührt scheint, so drücken sich in diesen Wahlergebnissen doch auch Antworten auf globale Vorgänge aus. Die Weigerung von SVP und FDP, das absehbare Ende einer auf fossile und vor allem auf Atomenergie setzenden Wirtschaftsweise ins Auge zu fassen, macht deutlich, dass diese Parteien auf ein «Weiter so!» abonniert sind. Dabei erweist sich das Projekt einer Verteidigung des Status quo durch Abschottung, wie es die SVP betreibt, angesichts enger werdender aussenpolitischer und -wirt-

schaftlicher Spielräume der Schweiz (Stichwort: Aufweichung des Bankgeheimnisses) aber zunehmend als überholt. Jo Lang erwähnt dagegen in seinem Beitrag zum bereits erwähnten Buch von Andi Gross und anderen die Möglichkeit eines strategischen Zusammengehens von FDP und CVP, die einst im Kulturkampf als Gegner angetreten waren, doch jetzt einen «gemeinsamen neuen Glauben» gefunden haben: den «Mammonismus». Der Autor wagt die Prognose, dass ein Zusammenschluss beider Parteien zu einer «SVP light» führen könnte, «die mehr Rücksicht auf die Interessen der Wirtschaft nimmt als das isolationistisch-nationalistische Original».

In den Reihen der SVP wird es vermutlich noch einige Zeit rumoren, weil manche der intelligenteren Anhänger und Anhängerinnen von Christoph Blocher erkennen, dass dessen Magie nicht mehr das bewirken kann, was sie einst versprach: ein Klassen und Schichten übergreifendes Bündnis herzustellen und zusammenzuhalten, dessen Basis das «wahre» Schweizertum ist. Das funktioniert noch auf der Ebene der Symbolpolitik (Anti-Minarett-Initiative), aber zunehmend weniger im Blick auf existenzielle Fragen. Ob mit Blochers Fall die SVP in der «Selbsterstörung» landen wird, wie Urs Paul Engeler in der Weltwoche diagnostiziert (Nr. 43, 27. Oktober 2011), sei dahingestellt. Das Potenzial für eine modernisierte «Neue Rechte» bleibt auch über Blocher hinaus vorhanden.

Grüner Kapitalismus?

In der politischen Mitte setzen die Grünliberalen hingegen auf so etwas wie einen «grünen Kapitalismus». Sie haben das Problem mangelnder Nachhaltigkeit der herrschenden Produktionsweise erkannt, sehen darin jedoch keinen Systemfehler, sondern sind von deren Korrekturfähigkeit überzeugt. Sie glauben offenbar an einen Selbstlauf des wis-

senschaftlich-technischen Fortschritts, der über kurz oder lang zu einer naturverträglichen Wirtschaft führen werde. Für Fragen sozialer Gerechtigkeit, die sich gerade beim ökologischen Umbau der Gesellschaft stellen, fehlt den Grünliberalen weitgehend das Sensorium.

Für die Verbindung der ökologischen mit der sozialen Frage stehen SP und Grüne, auch wenn sie ihre Schwerpunkte unterschiedlich gewichten. Das Ende Oktober 2010 in Lausanne verabschiedete Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, mit dem sich die *Neuen Wege* schon mehrfach auseinandergesetzt haben, stellt den Versuch dar, im Konzept der «Wirtschaftsdemokratie» die Notwendigkeit eines sozial-ökologischen Übergangs in eine neue Gesellschaftsordnung jenseits des «Kapitalismus, wie wir ihn kennen» (Elmar Altvater) zu entfalten. Das ist ein mutiges Unterfangen, dem sich bislang keine andere linke Partei in Europa, die nationale Regierungsverantwortung (mit) trägt, gestellt hat. Die Wahlplattform der SP verzichtete dann allerdings darauf, die Forderungen mit längerfristigen Visionen zu verbinden – wohl auch aus der Furcht heraus, darunter könnte die für den Wahlkampf notwendige Einheit der Partei Schaden leiden. Klugheit ist der Parteileitung unter Christian Levrat und Jacqueline Fehr nicht abzustreiten: Für mediales SP-Bashing wie nach dem Lausanner Parteitag boten sich so keine Anhaltspunkte, und auch die «Rechten» innerhalb der Partei verzichteten auf weitere Distanzierungsversuche vom Programm.

Die Zeiten ändern sich

Man muss die Wahlergebnisse nicht schönreden, kann aber doch feststellen, dass die rotgrünen Kräfte in besserer Form als vier Jahre zuvor sind, um ihre Positionen und Vorschläge unters Volk zu bringen: Der populistische Zauber verliert seine Kraft, und die realen Fragen unserer Zeit drängen sich wieder ins

Bewusstsein. Das Finanzkapital und seine Manager werden nicht mehr angehimmelt. Die Empörung über die «Gier» der Banker ergreift auch viele Menschen, die sich selbst nicht als Linke verstehen. Soziale Ungleichheiten geraten vermehrt in den Blick. Symptomatisch dafür scheint die leicht hysterische Reaktion mancher Wohlhabenden zu sein, die sich ängstigen, die gegenwärtig in der Phase der Unterschriftensammlung befindliche Erbschaftssteuer-Initiative könnte allenfalls angenommen werden. Sie enthält nämlich eine Rückwirkungsklausel, nach der alle Erbschaften über zwei Millionen Franken ab Anfang 2012 mit einer Steuer von 20 Prozent belegt würden (siehe dazu NZZ am Sonntag, 23. Oktober 2011). Vor ein paar Jahren hätte man noch davon ausgehen müssen, dass eine solche Initiative keinerlei Erfolgchancen beim Stimmvolk geniessen würde. Doch offenbar ändern sich die Zeiten...

Was bedeutet dies für die nächsten politischen Schritte? Die Frage der Konkordanz steht jetzt im Raum: Soll sie bloss arithmetisch sein – oder auch inhaltlich gefüllt? Der grüne Nationalrat Daniel Vischer geht in seinem Beitrag zum Buch von Gross & Co. auf die Grundlagen der «alten» Konkordanz von 1959 und einer möglichen neuen ein. Seinerzeit habe der Kalte Krieg zum «Kitt» beigetragen. Mit dessen Ende seien den Konkordanzparteien die gemeinsame Grundlage entzogen worden. Jetzt gehe es darum, eine andere «Zauberformel» zu finden, und Vischer sieht sie auf der Grundlage des Atomausstiegs – denn mit ihm vollziehe die Schweiz eine wichtige energiepolitische Wende, «die auch von grosser gesellschaftlicher und wirtschaftspolitischer Tragweite sein wird». Dies würde bedeuten, dass nur Personen aus jenen Parteien gewählt werden sollten, «die den Willen zum Atomausstieg manifestiert haben». Das gäbe helvetischer Konsenspolitik eine Bedeutung, die über die Schweiz hinaus wirksam werden könnte. ●

Andreas Gross, Fredi Krebs, Martin Stohler, Daniel Schönmann:
Über den Herbst hinaus. Innenpolitische Alternativen mit europäischen Perspektiven.
St-Ursanne (Editions le Doubs) 2011, 256 Seiten, Fr. 24.80